Schluss mit dem Zeitspiel !

Bremer Forderungen für mehr Umsetzung beim Klimaschutz

Ein breites Bündnis von Bremer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fordert von den Regierungsparteien und dem Senat, in diesem Jahr eine gemeinsame politische Klimaschutzstrategie zu entwickeln und umgehend mit der Umsetzung umfangreicher Maßnahmen zu beginnen. Ziel muss dabei eine 80%ige CO2-Reduktion gegenüber 1990 bis 2030 und die Klimaneutralität für Bremen bis 2035 sein. So kann Bremen seinen Beitrag zur Einhaltung des globalen 1,5-Grad-Ziels leisten, Vorbild für andere Städte werden und zu einer globalen, völker- und generationenübergreifenden Klimagerechtigkeit beitragen. Die Klimakrise sollte mit derselben Handlungsstärke wie die Coronakrise bewältigt und ein zukunftsfähiges neues Modell für unsere Wirtschaft und Lebensstile entwickelt werden. Alle politischen Planungen müssen unter einem wirksamen Klimavorbehalt geprüft und Klimaschutzmaßnahmen ausreichend mit Personal und Investitionsmitteln unterlegt werden.

Das Bündnis schlägt folgende wesentliche Handlungsbereiche vor:

Energiewende und Industrie

Für eine vollständige Dekarbonisierung der Energieerzeugung muss die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas schnellstmöglich beendet werden und die Versorgung mit Strom und Wärme bis spätestens 2035 zu 100 % auf Basis von erneuerbaren Energien wie Solar- und Windenergie erfolgen. Dies gilt für alle Haushalte, Gewerbebereiche, Industrie und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen. Die klimaneutrale Industrieentwicklung muss gefördert werden in der Automobil- und Luftfahrt, der Stahlproduktion sowie der Nahrungsmittelherstellung und -verarbeitung – soweit nötig ergänzt durch grünen Wasserstoff. Die Müllverbrennung sollte nur eine sehr beschränkte Rolle in einer klimaneutralen Energieversorgung spielen.

Gebäude und Wohnen

Im Neubau brauchen wir durchgehend Plusenergiestandard und einen hohen Anteil an klimaschonenden Baustoffen, mit einem minimalen Rucksack an grauer Energie. Im Gebäudebestand muss die energetische Sanierungsrate auf deutlich über 2 % steigen und mindestens KfW55-Standard erreicht werden. Für Mietwohnungen sollten Sanierungen warmmietenneutral erfolgen. Die Neuinstallation von Öl- und Erdgasheizungen muss schnellstmöglich beendet werden. Der stark verringerte Restwärmebedarf der Zukunft sollte solar, mit Wärmepumpen und durch Abwärmenutzung in dekarbonisierten Wärmenetzen gedeckt werden. Alle öffentlichen Gebäude (Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Kliniken, Verwaltungen u.a.) sollten bei der energetischen Erneuerung eine Vorbildfunktion erfüllen und für das Klimaschutzmanagement personell ausreichend ausgestattet sein.

Stadtentwicklung und Klimaanpassung

Leitlinie sollten Umbau und Sanierung vor Neubau und eine ressourcen- und flächensparende Gebäudenutzung und verkehrsvermeidende Bauleitplanung sein. Die Flächenversiegelung muss bis spätestens 2030 auf Netto Null reduziert werden. In allen bebauten Gebieten sollte eine artenreiche Stadtnatur auf Dächern, Fassaden und Freiflächen weiterentwickelt werden. Für ein erträglicheres Stadtklima ist Platz für schattenspendendes Grün und Wasser zu schaffen. Eine klimafreundliche Stadtplanung trägt damit zentral auch zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung bei.

Verkehr

Alle Verkehrsmaßnahmen sollten der Leitlinie folgen, den privaten Autobesitz und -verkehr im städtischen Raum weitgehend zu reduzieren und möglichst starke Anreize zu bieten, sich zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV fortzubewegen. Dazu gehören neue attraktive Infrastrukturen für Radverkehr und ÖPNV insbesondere auch durch einen höheren Anteil an den Verkehrsflächen. Besonders klimabelastende Infrastrukturen wie der Flughafen dürfen nicht mehr mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Konsum und Abfall

In allen Konsumbereichen sollte als Leitlinie ein möglichst geringer Energie- und Ressourcenverbrauch stehen. Stattdessen sollte das Motto „Klasse statt Masse“ als wichtiges Ziel von Wirtschafts-, Umwelt- und Bildungspolitik gelten. Bremen muss eine Strategie für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft entwickeln, die hohe Recyclingquoten ohne Downcycling fördert. Dazu gehören kaskadische Nutzungswege, bei denen erst als letzte Station die Müllverbrennung stehen sollte, die ausschließlich unverwertbarem Restmüll vorbehalten bleiben sollte. Abfallvermeidung, Wiederverwendung und die Förderung von Mehrwegsystemen sollten eine höhere Priorität bekommen, wobei die öffentliche Beschaffung als Vorbild und Marktmacht einzusetzen ist. Besondere Schwerpunkte sollten Plastikabfälle, Elektrogeräte und Bioabfälle bilden.

Bildung und Wissenschaft

Klimaschutz und Energiewende in einer nachhaltigen Entwicklung sollten theoretisch und praktisch in der schulischen Bildung zu einem entscheidenden Querschnittsfach werden und einen deutlich höheren Stellenwert in der Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen, den Curricula und Lehrplänen erhalten. Alle Kitas, Schulen, Hochschulen und Universitäten sollten in ihrem gesamten Betrieb Klimaneutralität anstreben.

Ernährung

In der öffentlichen Verpflegung (Kitas, Kantinen, Mensen) muss der Anteil von Fleisch und anderen tierischen Produkten deutlich reduziert und eine weitgehend pflanzliche Ernährung gefördert werden, bei weitestgehender Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Die Beschaffung sollte darüber hinaus zunehmend Regionalität, Saisonalität und biologischen Anbau berücksichtigen. In Kooperation mit Niedersachsen sollte der Anteil extensiv und ökologisch bewirtschafteter Flächen in Bremen und Umland gesteigert und die regionale Vermarktung von Bio-Lebensmitteln erleichtert werden.

Unterzeichnende Organisationen:

Dieses Forderungspapier wurde vom Projekt „Bremen erneuerbar“ initiiert und gemeinsam mit dem KlimaNetzwerk Bremen erarbeitet. Weitere Informationen unter www.bremen-erneuerbar.de

Stand 25.01.2021